

Alle Proteste umsonst?

Nahe der Grenze zum bayerischen Landkreis Cham sollen im tschechischen Landkreis Domazlice gigantische Käfigbatterieanlagen für insgesamt 1,8 Millionen Hühner entstehen. Weder in Bayern noch in der Tschechischen Republik gibt es bisher eine Anlage dieser Größenordnung. Trotz anhaltender Proteste seitens des Deutschen Tierschutzbundes und über 50 weiterer Tier- und Naturschutzorganisationen sowie Bürgerinitiativen aus Tschechien und Deutschland steht der Baubeginn für eine erste Küken-Aufzuchtstation an.

Die Geruchsbelästigung solle sich “nach vorläufigen Berechnungen”, so ist es einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 19. April diesen Jahres zu entnehmen, auf 1 Kilometer rund um die Anlage der Hühnerfarm bei Vseruby beschränken und der anfallende Hühnerkot solle auf Felder nahe der bayerischen Grenze verteilt werden. Ziel dabei müsse es sein, daß “keine Belästigungen für die bayerische Bevölkerung im grenznahen Raum” auftreten würden.

Als ginge es nur darum.

Mit dem Bau dieser gigantischen Käfigbatterieanlagen versuchen deutsche Investoren, so die Vermutung von Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, noch vor dem Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union vollendete Tatsachen zu schaffen. Denn der Bau sei mit dem EU-Recht nicht vereinbar.

Und da stellt sich jedem normal denkenden Menschen die Frage, was von einem solchen Projekt zu halten ist – gerade jetzt, in einer Zeit, in der nicht nur aktiven Tierschützern das Leid dieser in Käfigbatterien gehaltenen Hühnern aufs Gemüt schlägt. Zumindest bei uns in Deutschland ist aufgrund der doch nicht unerheb-

lichen Berichterstattungen über das Desaster mit den Hühnerkäfigen so manch einer aufgeschreckt - und der bewußte Blick auf den Eierkarton, wo die Hühnereier herkommen, ist für viele schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Zumindest bei uns in Deutschland. Doch nur einige Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt scheinen die Uhren wohl noch anders zu schlagen. Wie sonst kann man sich erklären, daß eine Küken-Aufzuchtstation solch gigantischen Ausmaßes gebaut werden soll? Wer hat dazu den Mut - oder treffender: die Frechheit?

Doch Proteste dagegen gibt es schon seit längerem; sie fanden am 29. August mit der Demonstration von mehr als 3.000 Menschen an der deutsch-tschechischen Grenze nahe des geplanten Bauortes unter dem Motto "Nicht hier! Nirgendwo!" gegen das Projekt ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Bürgermeister der tschechischen Gemeinde Vseruby soll sich nach der Demonstration vom Bau distanziert haben; bei der Baubeartragung habe er das Problem nicht überschaut, er sei überrumpelt worden.

Mitte März 1999 war die bayerische Seite in "sachlicher und offener Atmosphäre" über das Projekt informiert worden; Bayerns Umweltminister Dr. Werner Schnappauf hatte sich dafür ausgesprochen, "den Weg des Dialogs" weiterzugehen.

Der Redaktion liegen Unterlagen des Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vor über die Ergebnisse einer weiteren Besprechung am 8. September 1999 "über den Sachstand und das weitere Vorgehen bei der Errichtung der geplanten Hühnerfarmen im Landkreis Domazlice, Tschechische Republik" im Landratsamt Domazlice. Dieses Gespräch fand unter Beteiligung von Vertretern der zuständigen Ministerien der Tschechischen Republik sowie von nachgeordneten Organen, der zentralen Kommission für Tierschutz und der Firma Ceska

drubez/ auf tschechischer Seite sowie Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der zuständigen bayerischen Ressorts und des Landratsamts Cham statt.

Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß der Bayerische Landtag am 15.07.99 folgendes beschlossen hatte: "Die Staatsregierung wird gebeten, unmittelbar und über die Bundesregierung bei den politisch Verantwortlichen der Tschechischen Republik dafür einzutreten, daß bei der Errichtung und dem Betrieb der geplanten 'Hühnerfabriken' im tschechischen Grenzgebiet alle in der EU und Deutschland geltenden Vorschriften auch bei der Wahl der Größenordnung angewandt werden. Dabei sind insbesondere die Möglichkeiten auszuschöpfen, auf die an dem Projekt beteiligten deutschen Firmen einzuwirken."

Zur Diskussion sollen folgende Punkte vorgelegt worden sein:

1. Werden auf tschechischer Seite Möglichkeiten einer Verkleinerung der geplanten und bereits genehmigten Anlage zur Junghennenaufzucht in Vseruby gesehen?
2. Gibt es entsprechende Möglichkeiten oder einen neueren Sachstand bezüglich der Planungen für die Anlagen zur Eierproduktion an den Standorten Srby und Velky Malahov insbesondere unter Berücksichtigung der neuen EU-Richtlinie zur Hühnerhaltung?
3. Bestehen Möglichkeiten eines gemeinsamen Messprogramms zur Ermittlung von etwaigen Umwelteinwirkungen in der Umgebung der in der Nähe zur bayerischen Grenze gelegenen Aufzuchtstation Vseruby vor und nach Inbetriebnahme der Anlage?

Zu folgenden Ergebnissen soll man im Rahmen des Gesprächs gekommen sein: Es ist vorgesehen, am Standort Vseruby in einem ersten Schritt nur eine Halle zur Aufzucht von 200.000 Hühnern zu errichten. Nach Inbetriebnahme dieser Halle

sollen gemeinsame Untersuchungen zur Ermittlung etwaiger Umweltauswirkungen durchgeführt werden. Gegen die Junghennhaltung könnten aus der Sicht des Tierschutzes in Bezug auf die Käfiggröße auf Grund der genehmigten Planungen keine zwingenden Einwände erhoben werden. Die geplanten und noch nicht genehmigten Anlagen zur Eierproduktion an den Standorten Srby und Velky Malahov sollen bezüglich der Gebäudegröße an den bereits bestehenden Planungen orientiert bleiben. Ceska drubez wird aber auf Grund der zwischenzeitlich in Kraft getretenen EU-Richtlinie zur Käfighaltung statt der ursprünglich vorgesehenen Fläche von 500 cm² nun 550 cm² pro Tier einplanen.

Die Vertreter der Ministerien für Umwelt und für Landwirtschaft der Tschechischen Republik sollen in diesem Zusammenhang bekräftigt haben, daß die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen aufmerksam verfolgt würden und die neue EU-Richtlinie zur Hühnerhaltung für die neuen Projekte angewendet werden solle. Auf allen Seiten soll Einigkeit darüber bestanden haben, dass ein gemeinsames Monitoring-Programm zur Ermittlung etwaiger Auswirkungen der Anlage in Vseruby auf die Umwelt, insbesondere auf das Grundwasser und die Immissionen von Ammoniak, durchgeführt werden soll.

Bleibt zu fragen, ob nun damit wirklich eine tragbare Lösung gefunden wurde. Immerhin: Statt 1,8 Millionen Hühnern sollen es zunächst "nur" 200.000 sein, die da qualvoll "aufgezogen" werden sollen. Doch es sind noch immer 200.000 zu viel, wie ich meine. Die Vorgaben der EU-Richtlinie reichen bei weitem noch immer nicht aus, um der rücksichtslosen Profitgier einiger Menschen, die sich eine goldene Nase verdienen wollen, einen Riegel vorzuschieben.

Wir werden weiter berichten.

Annette Rathke